

Haushaltsrede 2010 der *Löhner – Bürger - Allianz*

(Es gilt das gesprochene Wort)

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister;
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, Löhner Bürger, Zuhörer und
Vertreter der Presse!**

1. Ausgangslage

„Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der Stadt ist nicht zulässig – wäre es zulässig, so wäre der rechte Zeitpunkt für eine Anmeldung wohl gekommen „ mit diesen dramatischen Worten eröffnete vor wenigen Wochen der Kämmerer die Einbringung seines Haushaltes. Er beschreibt damit vollkommen richtig die gegenwärtige katastrophale Finanzsituation unserer Stadt

Wie dramatisch die Schuldenfalle unserer Stadt ist, verdeutlichen allein folgende Zahlen: Die städtischen Kredite (ohne die WBL) werden im Planungszeitraum bis 2014 von heute 49 Millionen € auf 82 Millionen geradezu explodieren. Rechnen wir dazu noch die Schulden der städtischen Wirtschaftsbetriebe aus heutiger Sicht so werden wir die Marke von 120 Millionen € locker reißen. Mit anderen Worten: die Pro-Kopf-Verschuldung in Löhne steigt auf über 3.000 € !

Der jetzige Bürgermeister Held, der in seiner Amtszeit als Kämmerer bis zum Jahre 2005 stets unausgeglichene Haushalte vorlegte, kann für 2010 kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorlegen. Mit anderen Worten: es wird uns nicht gelingen, bis 2014 einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Damit ist der Haushalt nicht mehr genehmigungsfähig und erlangt keine Rechtskraft. Ein Ende der Talfahrt ist unserer Meinung nach unter den gegebenen politischen Konstellationen nicht in Sicht.

Die Finanzkatastrophe gefährdet nicht nur die Handlungsfähigkeit der Stadt Löhne, sie bringt auch die vom Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung in Gefahr. Es bleibt der Stadt Löhne in diesem Jahr nichts anderes übrig, einen Nothaushalt, oder eine Buchungsunterlage, oder eine Dringlichkeitsliste mit festgelegten Prioritäten zu beschließen.

Was ist vor diesem Hintergrund nun zu tun? – Wir, die gewählten Vertreter hier im Rat, haben die vom Wähler übertragene Verpflichtung, nicht nur hilflos

über Wege und Möglichkeiten aus dieser Krise zu debattieren sondern Perspektiven und handfeste Konzepte zu erarbeiten, um die eigene Handlungsfähigkeit wieder zurück zu gewinnen und damit diese Stadt weiter zu entwickeln.

Es muss endlich Schluss sein mit einer seit Jahrzehnten praktizierten Ausgaben- und Verschuldungspolitik zu Lasten der folgenden Generationen. Es muss auch Schluss sein mit dem ewigen Gejammer über fehlende Unterstützung durch Bund und Land. Wir müssen hier vor Ort unsere Aufgaben machen und gleichzeitig Druck auf die Landes- und Bundespolitik ausüben, damit in Düsseldorf und Berlin endlich begriffen wird, dass Deutschland handlungsfähige Städte und Gemeinden braucht, die vor Ort wichtige Impulse setzen können.

Wir, die Löhner-Bürger-Allianz, sind bereit, in dieser gewaltigen Aufgabe Mitverantwortung zu übernehmen und konstruktiv an Lösungen mitzuarbeiten. Denn für uns gilt:

Nicht die Stärksten werden überleben, sondern diejenigen, die am besten auf Veränderungen reagieren können.

Doch dazu ist folgendes nötig:

1. Eine schonungslose Aufarbeitung der Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit und auch der Gegenwart, um daraus für die Zukunft zu lernen.
2. Eine Analyse der von der Kommunalpolitik nicht zu beeinflussenden äußeren Rahmenbedingungen
3. Ein nachhaltiges Konzept zur Überwindung der strukturellen und ordnungspolitischen Schwachstellen

2. Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit und Gegenwart

2.1 Eine ungezügelter Ausgabenpolitik

Seit Jahren hat die Löhner-Bürger-Allianz in ihren Haushaltsreden stets davor gewarnt, dass die Stadt Löhne über ihre Verhältnisse lebt. Mit anderen Worten: wir haben in der Vergangenheit – und der jetzige Bürgermeister Held und damalige Kämmerer dürfte in diesem Punkt genaue Kenntnisse besitzen – mehr Geld ausgegeben als eingenommen wurde.

Es ist natürlich verlockend, Geld für eigene politische Interessen und Prestigeobjekte auszugeben, zumal das Geld nicht aus dem eigenen

Portemonnaie stammt sondern aus den Gebühren und Steuern der Bürgerinnen und Bürger.

Dabei hatten alle Bürgermeister der Vergangenheit, egal ob SPD oder CDU, das „Hohe Lied des Sparens“ ständig auf den Lippen, vor allem im Wahlkampf. Doch das tagespolitische Geschäft sah anders aus:

Beispiele:

1. Die von der SPD zum Ende der Ära-Hamel noch durchgeboxte Radlerbrücke über die Werre im Westen Löhnes für ca. 1 Millionen €.
2. Die von Bürgermeister Quernheim, CDU und Planungschef Helten vehement geforderte Luxusausführung der Fußgängerbrücke am Gymnasium (im Volksmund „Fischbauchbrücke“ genannt).
3. Der überteuerte Landankauf vom „Abke-Hof“ (Schierholzstrasse, Leinkamp). Keines der 100 geplanten Häuser wurde bisher fertig gestellt.
4. Die ursprünglichen Pläne zur Rathaussanierung mit Bürgerbüro und zusätzlicher Aufstockung.

usw....usw.

Die LBA fordert:

Wir müssen endlich weg von dieser Ausgabenmentalität. Wir müssen endlich lernen, dass wir als Mandatsträger nicht mit anonymem Geld jonglieren dürfen, sondern dass wir per Wahlentscheid die Pflicht und Aufgabe haben, das Geld der Steuerzahler sinnvoll für die Zukunft unseres Gemeinwesens anzulegen!

2.2 Ein hausgemachtes Desaster: die Löhner Wirtschaftsförderung

Wenn die Städte und Gemeinden sich in den letzten Wochen zu Wort gemeldet haben, dann war meist das gleiche zu hören: „Uns steht das Wasser bis zum Hals, die Schulden steigen, die Sozialaufwendungen auch und gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen. Ohne Hilfe vom Bund oder vom Land geht es nicht!“ Teilweise eine völlig berechtigte Klage, meint der Bund der Steuerzahler. Zu einem guten Teil sind diese Sorgen aber auch hausgemacht, weiß der Verband.

In der Tat:

Die Berechnungen des NRW-Innenministeriums belegen es: Im **Jahr 2009 durften die Kommunen mit Steuereinnahmen in Höhe von 18 Milliarden Euro rechnen - trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise**. Dies ist der **vierthöchste Wert seit Kriegsende**. Damit standen den Kämmerern landesweit in 2009 fast genau so hohe Steuereinnahmen wie 2006 zur Verfügung. Nur in den konjunkturellen Top-Jahren 2007 und 2008 klingelte es in den kommunalen Stadtkassen noch lauter. Derartig

L - B - A . . . aus Liebe zu Löhne

hohe Steuereinnahmen müssten doch eigentlich reichen, die wichtigsten kommunalen Ausgaben zu bestreiten.

Soweit die Zahlen, die **Realität in Löhne sieht aber völlig anders** aus:

Konnte die Stadt Löhne am Ende des Haushaltsjahres 2007 noch 18,6 Millionen € Erträge aus der Gewerbesteuer verbuchen, so schrumpften die Einnahmen bis Ende 2009 – also binnen 24 Monate – auf rund 8,8 Millionen €. Ein **Minus von 53%!**

Zum Vergleich: der Verlust der westdeutschen Kommunen in der Summe betrug **lediglich 17%**.

Erstmalig löste in Löhne der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle ab.

Was ist hier schief gelaufen?? Wir alle sollten den Mut aufbringen, trotz parteipolitischer Plänkeleien, uns an die eigenen Nase zu fassen und die gemachten Fehler auch öffentlich zu benennen.

In der Zeit von 1992 bis 1997 hatten wir noch mehrere Jahre, in denen wir die 25 Millionen € - Marke bei der Gewerbesteuer erreichten. Heute, 13 Jahre später, erreichen wir gerade mal 1/3 dieser Marke.

8 Jahre SPD- und 5 Jahre CDU-Mehrheiten haben ausgereicht, aus einer einst wirtschaftlich prosperierenden Stadt einen Notfallpatienten zu machen.

Und das obwohl sich alle Bürgermeister die Wirtschaftsförderung zur „Chefsache“ erkoren haben. Es hat nichts gebracht.

Löhne leidet – und das sollte nun auch dem letzten Ratsmitglied klar geworden sein – unter einem erheblichen wirtschaftlichen Strukturmangel.

Wirtschaftsförderung darf nicht nur die Bestandspflege der angesiedelten Unternehmungen bedeuten. Sie muss sich vielmehr, angesichts unserer monostrukturellen Ausrichtung auf die Holzindustrie, auch **professionell** und systematisch mit der Anwerbung neuer Unternehmen befassen.

Die Politik hat auf diesem Feld gänzlich versagt:

Die LBA fordert deshalb:

Unter Einbeziehung professioneller externer Unterstützung muss ein Konzept – das auch seinen Namen verdient – erstellt werden mit dem Ziel:

1. *Standortsicherung und Bewahrung der bereits angesiedelten Unternehmen.*

L – B – A . . . aus Liebe zu Löhne

2. *Erarbeitung von Strategien, den Wirtschaftsstandort Löhne attraktiv für die Ansiedlung neuer Wirtschaftsunternehmen vor allem außerhalb der Möbelindustrie zu gestalten.*
3. *Wir müssen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten Rechnung tragen und vermehrt Dienstleistungsunternehmen nach Löhne locken.*
4. *Wir müssen endlich, was andere Städte uns schon lange vormachen, den Weg zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft begehen. Um uns herum liegen Städte genug wie Minden, Detmold und Bielefeld mit ihren Fachhochschulen und Unis.*
5. *Wir sollten weitere Möglichkeiten erkunden, um in interkommunaler Zusammenarbeit weitere Gewerbegebiete auszuschreiben. Einer der wenigen erfreulichen Lichtblicke ist in diesem Zusammenhang die Planung Löhne/Hüllhorst*

2.3 Obwohl seit langem bekannt: Der demografische Wandel wird weiterhin ignoriert

Löhne ist keine Insel, an der der demografische Wandel vorbeizieht. Seit Jahren mahnen Fachleute (u. a. die GPA-Gutachter) an, die Politik müsse ihre Entscheidungen unter diesem Gesichtspunkt neu definieren.

Um gleich allen Unkenrufen vorzubeugen: die LBA wird auch in Zukunft, so wie sie es bereits in der Vergangenheit deutlich zum Ausdruck brachte, allen Einschränkungen im Bereich **Kinder- und Jugendpolitik, Schul- und Bildungspolitik** eine klare Absage erteilen. Hier wäre der Rotstift zukunftsfeindlich.

Was gilt ist aber: wir kommen um eine Anpassung der Sachausgaben an die demografische Entwicklung nicht vorbei. Bevor weitere zusätzliche kostenträchtige Investitionen im Schul- und Bildungsbereich getätigt werden, müssen diese auf den Prüfstand. Nicht alles, meine Damen und Herren, was heute von Schulen eingefordert wird, ist auch noch in fünf Jahren sinnvoll. Wir müssen in diesem Bereich den Mut aufbringen, sinnvolle Alternativen zu diskutieren.

Der **demografische Wandel** wird die Altersstruktur in Löhne in den nächsten Jahren erheblich verändern: Die Zahl der über 60-jährigen wird enorm steigen, die Zahl der Kinder und Jugendlichen dagegen abnehmen. Das bedeutet zwangsläufig ein sich **veränderndes Zusammenleben der Generationen**. Hierfür müssen wir Sorge tragen, aber nicht dadurch, dass ein Altenwohnheim nach dem anderen entsteht. Im Gegenteil: wir müssen Möglichkeiten schaffen, in dem sich die Erfahrungen der Älteren mit der Neugierde der Jüngeren positiv entwickeln können.

Die LBA fordert deshalb:

- a) *Zukünftig werden alle Investitionsvorhaben im Schul- und Bildungsbereich unter dem Aspekt des demografischen Wandels auf langfristige Auswirkungen untersucht.*
- b) *Wir brauchen bereits heute vermehrt alternative Angebote für die immer stärker werdende Generation der über 60 jährigen, um diese am öffentlichen Leben intensiver zu beteiligen.*
- c) *Die LBA fordert einen Stopp der ungezügelten Neubauten von Altenheimen ohne entsprechenden Bedarfsnachweis.*

3. Die äußeren, von uns nicht zu beeinflussenden Rahmenbedingungen

Bund und Land belasten uns als Kommune mit immer mehr und immer teurer werdenden gesetzlichen Ausgaben ohne auf der anderen Seite gleichzeitig für eine ausreichende finanzielle Ausstattung zu sorgen. Als echte Treibsätze für den kommunalen Haushalt haben sich in Löhne wie anderswo in den letzten Jahren die Sozialausgaben erwiesen. Eine von den Kommunen letztlich nicht zu beeinflussende Größe. Seit 1991 haben sich die Sozialausgaben der Kommunen bundesweit verdoppelt. Allein im Jahr 2009 betrug die Kostensteigerung der Kommunen bei den Sozialausgaben erneut 1 Mrd. € auf insgesamt 40 Mrd. €. Tendenz weiter steigend.

Die kommunalen Spitzenverbände erwarten für 2010 41,5 Mrd. € und für 2013 bereits 45 Mrd..

Das Prinzip der **Konnexität**, also die Verpflichtung keine neuen Aufgaben ohne ausreichende Finanzausstattung zu schaffen, steht zwar in der Landesverfassung, wird von der jetzigen (Noch-)Landesregierung aber nicht ernst genommen.

Das Dilemma der Kommunen besteht zur Zeit darin, dass sie weder auf Landes- noch auf Bundesebene ein Mitspracherecht bei der Verabschiedung von Gesetzen haben, die sie und ihre finanzielle Leistungsfähigkeit betreffen, ihnen gleichzeitig aber immer neue und weitere Aufgaben aufgebürdet und Einnahmeverluste zugemutet werden.

Auch wenn der jetzige Noch-Ministerpräsident lautstark erklärt, er würde keinem Gesetz zustimmen, dass die Kommunen belastet, wer wollte ihm glauben? Noch im Dezember hat er im Bundesrat die Hand für das so genannte **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** gehoben, durch das die Kommunen in Nordrhein-Westfalen 2010 um weitere **300 bis 400 Millionen €** belastet werden!

L - B - A . . . aus Liebe zu Löhne

Wenn man zugleich das **FDP-Geschwafel in Berlin über Steuersenkungen** vernimmt, kann man als Kommunalpolitiker nur zu einem Schluss kommen:

Die Politik in Berlin und Düsseldorf hat die Bodenhaftung nun vollends verloren. Statt hübscher Sonntagsreden unsere CDU-, SPD- und FDP-Wahlkämpfer im Bund und Land brauchen wir **eine kommunale Finanzreform**, die ihren Namen auch wirklich verdient.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, lieber Bürgermeister Held!

Der Kämmerer fordert u.a. eine Neustrukturierung der Satzungen über die Erhebung von **Elternbeiträgen in der OGS** und im Bereich der Kindertagesstätten mit dem Ziel höherer Einnahmen.

Gleichzeitig ließ ihre **Spitzenkandidatin Frau Kraft** im Landtagswahlkampf keine Gelegenheit aus überall zu verkünden, **Kindergärten beitragsfrei** stellen zu wollen. Wie sie es finanzieren will, in welchem Keller sie ihre Milliarden gehortet hat, diese Antwort blieb sie schuldig. ES WAR JA WAHLKAMPF!

Offensichtlich vernebeln parteitaktische Überlegungen und Klienteldenken die notwendige Erkenntnis:

Die Kommunen sind die Basis unseres Gemeinwesens. Brechen diese weg, so ist auch unser System in Gefahr!

Die Bundesregierung hat nun wieder einmal eine Kommission eingesetzt, die erneut untersuchen soll, wie die Gewerbesteuer als derzeit wichtigste weil aufkommensstärkste „Kommunalsteuer“, ersetzt werden kann. Dies ist vor einigen Jahren 2003/4 schon einmal vergeblich untersucht worden.

Wir dürfen gespannt sein, aber die Zeit drängt, auch weil im nächsten Jahr wieder einige Landtagswahlen anstehen.

Was die Kommunen brauchen ist Handlungs- und Planungssicherheit. Und diese ist, nach Überzeugung der Löhner-Bürger-Allianz, nur durch eine sichere, stetige und **konjunkturunabhängige** Finanzierung möglich.

Meine Damen und Herren Ratsmitglieder aus SPD, CDU, Grüne und FDP: machen Sie Ihren Abgeordneten im Land und Bund endlich klar, dass diese Fragen wichtiger sind als eine Diskussion über Steuerermäßigungen für Hotelbesitzer!

4. Was ist zu tun???

Das **Ende der kommunalen Selbstverwaltung** ist in Löhne zum Greifen nah! Der Nothaushalt, über den wir zu beschließen haben, deckt **im Jahr 2010 gerade einmal 185.000 € des strukturellen Defizits in Höhe von über 12 Millionen €** ab. Wenn 2011 „alles gut geht“, stehen 2,1 Millionen Einsparungen einem 10,1 Millionen Defizit entgegen.

Da kann man nur sagen: „Ich hoffe, dass es nicht so schlimm wird, wie es schon ist!“

Vielleicht gelingt es, durch weitere Vorschläge der anderen Fraktionen, zusätzliche Einsparungen zu erzielen, die uns nochmals um einige Euros voranbringen. All die Vorschläge werden aber eins gemeinsam haben:

Wenn wir über größere Summen reden, reden wir im Wesentlichen über Einmaleffekte und über den Ausverkauf des Tafelsilbers! Die strukturellen Beiträge für den städtischen Haushalt sind eher gering.

Selbst eine totale Kahlschlagpolitik im Bereich freiwilliger städtischer Leistungen könnte uns nicht dauerhaft aus dieser Situation heraus helfen!

Was also tun? Den Kopf in den Sand stecken? Ich glaube nicht!

Auch wenn wir alle gemeinsam im Moment keine kurzfristige Lösung des Problems finden, so gilt es doch **drei Dinge zu tun:**

1. Wir sollten versuchen, die externen Rahmenbedingungen positiv zu verändern wo immer es geht!
2. Löhner Politik, Bürger und Verwaltung müssen einen erkennbaren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbringen!
3. Wir müssen weiterhin den Bürger in den Mittelpunkt unserer Entscheidungen stellen und ein funktionierendes Gemeinwesen in unserer Stadt mit den dazu gehörenden Einrichtungen erhalten.

5. Konkrete Maßnahmen –

Anträge der **Löhner-Bürger-Allianz** zum Haushalt 2010

Die **LBA** beantragt: Der Rat der Stadt Löhne möge beschließen:

- I) Das vorhandene **Einzelhandelskonzept** hat keineswegs die Hoffnungen und Erwartungen bei der Entwicklung einer attraktiven Innenstadt erfüllt. Es hat lediglich den Charakter eines Verhinderungs-Korsetts, und kann nicht flexibel auf aktuelle Gegebenheiten reagieren. Deshalb ist das **Einzelhandelskonzept zu überarbeiten**. In allen Bereichen der Stadt müssen unter der Perspektive der Einzelfallprüfung Handelsaktivitäten möglich sein, die keinerlei schädigende Wirkungen für die Löhner Zentren haben.
- II) Der bereits beschlossene **>Pakt für Schule<** wird mit Leben erfüllt. Ziel muss es sein, die vorhandenen **Schulformen** (Hauptschule, Realschule, Gesamtschule, Gymnasium) in Löhne zu **erhalten**. Die Verwaltung hat ein auf **die nächsten 10 Jahre gerichtetes Schulkonzept** vorzulegen, das diesem Ziel Rechnung trägt und denkbare Alternativen zur Sicherung der vorhandenen Schulstandorte (Hauptschule, Grundschule Wittel, Grundschule Mennighüffen-West etc.) darstellt.
- III) Die bisherigen **Maßnahmen zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben** waren nicht erfolgreich. Sie konnten die Gewerbe- und Arbeitsplatzverluste nicht kompensieren. Ein neues, **wissenschaftlich fundiertes Gesamtkonzept** ist mit professioneller Unterstützung zu erstellen.
Dies hat der vorhandenen Monostruktur, den Stärken und Schwächen der Stadt, ihren infrastrukturellen Möglichkeiten aber auch dem demographischen Wandel Rechnung zu tragen. Ziel ist eine **offensive Strategie der Gewerbeansiedlung**, die sich unter Berücksichtigung der Innenstadt auf den Dienstleistungsbereich und die neuen Medien bezieht. Dabei ist eine **Vernetzung** mit den heimischen **Wissenschaftsstandorten** (u.a. Fachhochschulen) vorzunehmen.
- IV) Die von den **Verkehrsbetrieben Minden-Ravensberg (VMR)** gewünschte direkte oder indirekte **Subventionierung** ihrer Aktivitäten wird mit Blick auf den maroden Haushalt der Stadt Löhne abgelehnt.
- V) Das deutschlandweit vorbildliche und mit dem renommierten Innovationspreis ausgezeichnete „**Lipper-Modell**“ (Verwaltungskongress **>Effizienter Staat<**), , dass sowohl zu einer **Einsparung der Straßenbaukosten** als auch zur Hebung des **Straßen-Qualität** führt, wird - nach einem entsprechenden Bieterverfahren - für die Stadt Löhne übernommen.
- VI) Die Stadt kündigt ihre **Mitgliedschaft** in der **Aqua-Magica-Gesellschaft**. Die Bewirtschaftung des Geländes und die Durchführung von Veranstaltungen auf dem Gelände soll in Perioden von ein, zwei oder drei Jahren **umschichtig und arbeitsteilig** in der **selbständigen Verantwortung der beiden Städte** durchgeführt

L – B – A . . . aus Liebe zu Löhne

werden. (D.h., in der Zeit der ersten Periode ist z.B. Löhne für die **VERANSTALTUNGEN** zuständig, derweil Bad Oeynhausen für die **GELÄNDEBEWIRTSCHAFTUNG** verantwortlich ist. In der nachfolgenden Periode wird die Verantwortlichkeit gewechselt.)

Der bürokratische Apparat der Gesellschaft kann entfallen. Ferner können so die im GPA-Gutachten festgestellten **personellen Überkapazitäten** der Stadt Löhne in Teilen sinnvoll genutzt werden.

- VII) Als Kontrapunkt zur zunehmenden Landschaftsversiegelung und als eine konkrete, lokale, umweltpolitische Maßnahme wird durch die Stadt Löhne jährlich eine **Fläche von 5 ha aufgeforstet.**
- VIII) Das vielfach gelobte so genannte Hiddenhauser **Förderprojekt „JUNG KAUFTE ALT“** wird für Löhne übernommen. Demnach erhalten junge Familien, die ein älteres, mindestens 25 Jahre altes Haus in Löhne übernehmen, für ein Altbaugutachten eine Förderung von bis zu 1500 €. Zusätzlich erfolgt sechs Jahre lang eine jährliche Förderung mit einem Grundbetrag von 600 €, die pro Kind um 300 € bis zu einem Maximalbetrag von 1500 € pro Anno aufgestockt wird.
- IX) Die ins Auge gefasste Ansiedlung der Löhner **Polizeiwache im Innenstadtbereich** ist nachdrücklich weiter zu verfolgen.
- X) Die **Condega-Subventionierung wird beendet.** Es werden keine Transfer-Zahlungen in Richtung Mittelamerika mehr geleistet.
- XI) Rathausanierung
 - a) Die Sanierung des Rathauses wird in **mehrere Bauabschnitte** aufgeteilt und im Laufe der nächsten drei Jahre verwirklicht. Da die Sanierungsmaßnahmen nicht sämtlich zeitgleich durchgeführt werden müssen, kann eine kostenwirksame **Auslagerung der Diensträume entfallen.**
 - b) Die **Wärmeisierungsmaßnahmen** und die Wiederherstellung der Außenfassade sind aus **wirtschaftlichen und ökologischen Gründen vorrangig** vorzunehmen. Für prestigeträchtige Ausbau- und Gestaltungsziele ist kein Geld vorhanden. **Kostengünstige Varianten** (siehe Feuerwehr Obernbeck) sind zu bevorzugen.
 - c) Die **Finanzierung** der Sanierung erfolgt - ohne dass es zu einem weiteren Ansteigen der städtischen Verschuldung kommt - mit den realisierten **Erlösen aus dem Verkauf städtischer Immobilien** (bebauter und unbebauter Flächen bzw. Gebäuden). Auch die städtischen **Anteile an der Bau- & Siedlungsgenossenschaft** sind unter dieser Perspektive zu veräußern.
- XII) Die Verwaltung hat auf der Basis des **GPA-Gutachtens** und vor dem Hintergrund der **abnehmenden Bevölkerungszahl** in Löhne alsbald eine auf **die nächsten zehn Jahre gerichtete Personalplanung für Stadtverwaltung und WBL** vorzulegen.
- XIII) Das geplante **Wohnbaugebiet, Bebauungsplan 164 A**, ist an die Ellerbuscher Straße anzuschließen. Entsprechende Verhandlungen sind mit dem Landesstraßenbauamt zu führen.